



RATSFRAKTIONEN VON SPD UND GRÜNE • 45964 GLADBECK

An den Vorsitzenden des Schulausschusses des Rates
der Stadt Gladbeck

Herrn Norbert Dyhringer
Odenwaldstr. 2a
45968 Gladbeck

SPD RATSFRAKTION

Michael R. Hübner
Fraktionsvorsitzender
Goetheplatz 11
45964 Gladbeck
Tel. 0 20 43 / 22 67 4
Fax. 0 20 43 / 21 67 5
info@spd-fraktion-gladbeck.de
www.spd-fraktion-gladbeck.de

GRÜNE RATSFRAKTION

Simone Steffens
Fraktionsvorsitzende
Rentforter Straße 43a
45964 Gladbeck
Tel. 0 20 43 / 25 41 2
Fax. 0 20 43 / 21 77 6
info@gruene-gladbeck.de
www.gruene-gladbeck.de

12. November 2019

**Antrag nach § 7 der GO für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse,
hier: Schulausschuss**

Sehr geehrter Herr Dyhringer,

ich bitte Sie, folgenden Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung des Schulausschusses der Stadt Gladbeck am 02. Dezember 2019 zu setzen:

Politische Werbung an Schulen

Das Bildungsministerium schreibt zu politischer Werbung an Schulen:
"Jede Werbung, die nicht schulischen Zwecken dient, ist in der Schule unzulässig.

.....

Das Werbeverbot soll verhindern, dass die Schule für Interessen genutzt wird, die nur außerschulischer Natur sind. Sinn des Verbotes ist es, einen störungsfreien Unterricht im Sinne des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schule zu gewährleisten, eine zusätzliche Arbeitsbelastung der Schulen und eine pädagogisch nicht vertretbare Ablenkung der Schülerinnen und Schüler auszuschließen."

An mindestens einer Grundschule in Gladbeck ist es **in** den Klassenräumen der Erstklässler*innen zu einer Verteilung von Geschenken mit dem Hinweis auf die für sich werbende politische Partei gekommen. Dieses wurde per Meldeapp an die Stadt Gladbeck gemeldet und von der Verwaltung nur sehr kurz beantwortet: „**Dem Schulträger war der Sachverhalt nicht bekannt. Nach dem Schulrecht besteht selbstverständlich ein grundsätzliches Verbot von politischer und wirtschaftlicher Werbung auf dem Schulgelände. Darauf wurde die Schulleitung hingewiesen.**“

Ob es sich um einen Einzelfall handelt, wurde nicht beantwortet. Gerade ein Jahr vor der nächsten Kommunalwahl sollte sichergestellt werden, dass allen Schulen be-

kannt ist, dass politische Werbung in der Schule, auf und vor dem Schulhof nicht genehmigt ist. Es sollte sichergestellt werden, dass die jeweiligen Schulen selbst alle Lehrkräfte informieren, damit nicht durch den direkten Zugang auf Lehrkräfte in Klassen hinein geworben werden kann. Auch sollte durch die Verwaltung darüber informiert werden, in welcher Weise bei Zuwiderhandlungen geahndet wird bzw. werden kann.

Da man davon ausgehen sollte, dass der Parteienlandschaft dieses Gesetz bekannt ist und natürlich angenommen wird, dass sich jede politische Vereinigung an Recht und Gesetz hält, so ist das Vorkommnis mehr als irritierend. Etwaige Unwissenheit sollte dann spätestens jetzt ausgeräumt sein.

Beschlussentwurf

Die Verwaltung wird beauftragt, alle Schulen in Gladbeck auf die Gesetzeslage hinzuweisen und Verstöße zu ahnden.

Mit freundlichen Grüßen



Michael R. Hübner
Fraktionsvorsitzender
SPD Ratsfraktion



Simone Steffens
Fraktionsvorsitzende
GRÜNE Ratsfraktion